KCTOS 2007 Wien
Sekt. 8.14., Gemeinschaft in Differenz, Kollektive Agenten im interkulturellen Kontext

Wolfgang Cernoch

COLLECTIVE AGENTS, DIE ORGANISATION DER ORGANISATIONSFORMEN UND POLITISCHE IDENTITÄT

1. Zum Zusammenhang von Multikulturalität und Interkulturalität

Das Konzept des kollektiven Agenten entstammt der politischen Philosophie von Luis Villoro, einem mexikanischen Philosophen, der ein konstruktives Element in die Diskussion um die Parallelgesellschaften eingebracht hat und sich von da aus auf eine Perspektive bestehen kann, welche das Menschenbild von der Verklammerung der Gesellschaftsorganisation nach Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Markt und Lebenswelt (Jürgen Habermas 1968) in Richtung der Rahmenbedingungen der Multikulturalität durch Konstitutionsgeschichte und Migration verschiebt. Bertold Bernreuther hat das folgendermaßen zusammengefaßt:

»Die Fundierung eines dynamischen Gemeinschaftsbegriffs abseits kultureller Homogenisierungen ist ein zentrales Anliegen der politischen Theorie des mexikanischen Philosophen Luis Villoro. Er versucht dabei, die Irrungen des liberalen Modells ebenso zu vermeiden wie die Zumutungen seines egalitären Gegenmodells. Stattdessen nimmt er die Anerkennung des konkreten Anderen zum Ausgangspunkt für einen Entwurf einer in sich differenzierten Gemeinschaft, die Identität nicht auf Kosten der Differenz gewinnt, sondern im solidarischen Ringen um Gerechtigkeit«.

Ich will hier in diesem Zusammenhang aber nicht auf die Fruchtbarkeit dieser Perspektive in der Migrationspolitik, insbesondere in der Beurteilung der Parallelgesellschaft und deren Bedeutung für generationenübergreifende Konzepte eingehen. Das Konzept des »kollektiven Subjekts« berührt die Fragen der Integration, ohne sofort Integration mittels Konzepte der Assimilation operationalisieren zu müssen. Ich werde das Konzept des nicht entindividualiserten Subjekts in seiner Rollenmannigfaltigkeit über verschiedene Parallelgesellschaften hinweg (kultursoziologisch und bildungssoziologisch) allerdings dreimal abstrahieren, und doch nur vorwiegend die Funktionen hinsichtlich der Organisation einer komplexen Gesellschaft betrachten. Schließlich führe ich das Konzept des »kollektiven Agenten« völlig in das Problem der politischen Organisation einer multikulturellen (mehrsprachlichen) über, und verstehe darunter Organisationen, Gruppen, Individuen und Produkte in einem organisierten Zusammenhang, die entlang nicht-politischer Institutionen, manchmal auch

quer zu ouverten Parallelgesellschaften, verlaufen. Diese Art von Kulturation durch ein Produkt-, Markt- und Verbraucher-System hat die die politische und militärische Konstitution in weiten Bereichen ersetzt.

2. Einfache soziale Formationen, deren Komplexitätsgrade, Organsisation und Interpretation in Hinblick auf politische Identität

Kollektive wie individuelle Agenten handeln in einen schon existierenden Sozialraum. Kollektive Agenten handeln über ihre Mitglieder nach außen und nach innen. Der individuelle Agent vermag bestehende Organisationen und Stabsstellen (Prä-Organisationen, Stabstellen von Organisationen) auch informell zu benutzen, wenn in der Interessenslage und Themenstellung Übereinstimmung besteht. Kognitiv geht es bereits um eine Liste von möglichen Themen, da in einer scheinliberalen Massengesellschaft der umfassende Sozialraum bereits über Negationen und Simulationen, nicht über die Vorstellung von allgemeiner Zweckrationalität identitätsstiftend wirkt.

Die Art der Entstehung kollektiver Agenten hängt von der Ausgangsformation ab: Gruppen und Großgruppen können spontan entstehen, Organisationen müssen geplant und gegründet werden, Massen benötigen eine Infrastruktur, einen Anlass, und ein spontanes Netzwerk, daß sich zu Bildung von Stabsstellen eignet. Bei Bestand gibt es je nach Organsisationsform verschieden wahrscheinliche Felder möglicher Folgen, zur Identitätsstiftung ist die abermalige Organisation der verschiedenen sozialen Formationen (A) organisierten Gruppen, (B) Organisationen, und (C) Massenbewegungen einerseits, und deren kultursoziologische Beschreibung als (a) flanierende Trendsetter in Politik, Wirtschaft und Kultur, (b) Wirtschaftsunternehmen bzw. politische Organisationen und c) Öffentlichkeit bzw. Markt andererseits in einer Massengesellschaft Voraussetzung.

Die Zielsetzung von sozialen Agenten überhaupt ist erstens idealiter die Artikulation der allgemeinen Zweckrationalität in ihren Abstufungen der Staatsaufgaben eines zivilisierten Gemeinwesens und zweitens praktisch vorrangig die Betonung der jeweiligen Interessen und Wertsetzungen. Paternalismus als Rechtfertigung von Politik ist im Wesentlichen als antihumanistische Restform von Authentizität und Legitimität anzusehen. So könnte man meinen, das Problem der Koordination verschiedener Agenten

läge in der demokratischen Legitimierung, also die Legitimität läge allein in der rechtsstaatlichen Form. Allerdings können paternalistische Legitmierungen im Zusammenhang mit emanzipatorischen Wirkungen national wie sozial nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Im Zuge der Globalisierung setzt sich die nicht-staatliche Organisationsform von Interessensvertretung international fort. Vorläufer waren etwa Gewerkschaften, humanistische und politische Gesinnungsgemeinschaften.

Die Legitimität in rechtsstaatlicher Hinsicht rückt in soziologischer Perspektive ein in die Randbedingungen der umfassenden Gesamtgesellschaft, die nicht ident mit dem Staat ist. Damit wird die Frage der Legitimität in die Frage der Moral und der Bewertung verschiedener Agenten in der Geschichte überführt. Der Spielraum der Interpretation und Bewertung ergibt sich u. a. auch daraus, daß grob gesagt, zwischen Struktur- Ziel- und Leitbildbewußtsein verschiedene Rationalitätstypen zur Ausformulierung tätig sind, sodaß die allgemeine Zweckrationalität nicht grundsätzlich als System oder Handlungsanweisung oder Algorithmus zu behandeln sein kann, sondern nur punktuell aus Einsicht ins Mögliche und Notwendige (die eigentliche allgemeine Zweckrationalität) zu einem wechselseitig nachvollziehbaren Handeln als Gesamtgesellschaft im (innen-)politisch relevanten Sinn gelangen kann.

3. »Collective Agents« am Beispiel des Problems der Vielsprachlichkeit als innerstaatliches und interkulturelles Organsisationsproblem

Ausgangspunkt dieses Abschnitts ist die Aussterberate der Sprachen und der teilweise Erfolg des Modells vom modernen europäischen Nationalstaat mit einer Hauptsprache und einer Leitkultur.

Zwei- oder mehrsprachliche Kulturen trennen die Bevölkerung mit der Herrschaftsfunktion der Verkehrssprache. Insofern besteht ein Vorteil der europäischen Nationen, weil sie im Zuge der Industrialisierung und verzögert auch der Demokratisierung die paternalistisch-feudale Phase der Konstitution (Herrschafts- und Verkehrssprache versus Vielsprachlichkeit, Leitkultur versus multikulturellen Ansatz) hinter sich gelassen haben. Doch ist ein Übergang und eine Engführung von Reichsidee (Herrschschafts- und Verkehrssprache) und zentraler Nationalsstaatlichkeit vorangegangen, die,

trotzdem nur eine Minderheit der europäischen Nationalstaaten im Feudalismus zentralsstaatlich organisiert waren, dem modernen Staatsbegriff mit zugrunde liegt.

Die Frage kann demnach nur sein, wie kann bei vielsprachigen Staaten die angezeigte Konstitutionsphase hinsichtlich der Einführung einer allgemeinverständlichen Verkehrssprache intelligent ersetzt oder umgangen werden. Die USA hat durch eine Volksabstimmung Englisch als Landessprache gewählt, vergleichbares scheint für viele Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nicht vorstellbar, auch nicht für Europa. Die EU hat das Problem der Vielsprachigkeit noch nicht wirklich gelöst.

Die Probleme der Konstitutionsleistung, die ich in der Installierung einer Verkehrssprache noch erkennen kann, scheinen mir mit der Auswahl einiger wichtiger Sprachen, die die Vorherrschaft einer Verkehrsprache ergänzen und einschränken, letztlich nur verschoben worden zu sein. Ich ersehe daraus, daß die Vielsprachlichkeit ungeachtet der berechtigten Forderung nach Erhaltung von Kulturräumen weiterhin auch als Problem in der Organisation eines Staatswesens angesehen werden muß.

Die nächste Frage, die sich mir stellt, ist doppelt gefaßt:

(1) Wie können mehrsprachliche Wirtschaftsräume oder auch eng zusammenarbeitende Nationen das Problem der Vielsprachlichkeit bei ihrer Organisation angemessen lösen.
(2) Wie können mehrsprachliche Wirtschafts- und Kulturräume innerhalb eines Staates das Problem der Vielsprachlichkeit bei ihrer Organisation angemessen lösen.

Wie bereits deutlich geworden ist, liegt die eigentliche Schwierigkeit darin, was man jeweils als »angemessen« ansehen will. Die militärische Konstitution ist weitgehend zu recht geächtet, ähnlich zwangsweise Assimilierungsmethoden, obwohl weltweit in verschiedenen Formen verbreitet.

Meine erste globale These ist nun, daß die Organisationsformen von Wissenschaft und Wirtschaft, auch lokale soziale Institutionen, in einer gewissen Unabhängigkeit von politischen Institutionen die Aufgabe der Vereinfachung der Sprachenmannigfaltigkeit übernehmen. Das kann nicht ohne entsprechende politische Willensbildung erfolgen, sehe ich aber

grundsätzlich als Verlagerung der Aufgabenstellung von staatlichen zu nicht-staatlichen Organisationen, die allerdings auch staatlich aus verschiedenen Gründen und im verschiedenen Ausmaß gefördert werden müssen.

Meine zweite, speziellere These zur Vereinfachung der Sprachmannigfaltigkeit zu einem System von Verkehrssprachen ist, daß eine Organisationsform der Grundformen der sozialen Interaktion gefunden werden muß, welche also Gruppe, Großgruppe, Organisation und Öffentlichkeit bzw. Markt umfaßt, um eine große Zahl in der Bevölkerung zu erreichen. Unter diesem Aspekt kann man die Computerbranche betrachten, indem sowohl mehrere Sprachen, aber eben nicht alle, ein muttersprachliches Betriebssystem haben. Insofern fungiert die Computerbranche als »collective agent« hinsichtlich der Selektion der Vielsprachlichkeit zur Mehrsprachlichkeit.

Wie zu beobachten ist, unterliegen auch europäische Sprachen in Bereichen der Wissenschaft und der Wirtschaft der Verdrängung der einzelnen National- und Kultursprachen. M. a. W., die Konstitution erfolgt nach Branchen entlang der Vorstellungen der Wissenschaftsrationalität und der Wirtschaftsrationalität. Somit kann ohne weiters gesagt werden, daß wissenschaftliche und wirtschaftliche Organisationen nicht nur die Rolle von »collective agents« wahrnehmen und historisch wahrgenommen haben, sondern auch als Teil dieser intelligenteren Weise der Konstitution angesehen werden können. Dazu ist unabhängig vom Ausgangsinteresse der Konstitution einer interkulturellen Ebene der Widerstreit von Konstitution und Regionalkultur in den Blick zu nehmen und in welcher Hinsicht die Argumente der einen wie der anderen Seite zumindest funktional sind. An dieser Stelle der Überlegung halte ich es auch für angebracht, wieder auf die Verschiedenheit von Rationalitätstypen hinzuweisen, was aber nicht dazu führen soll, die mit dem Widerstreit von allgemeineren Konstitutionsinteresse und besonderen Regionalinteresse aufgetane Problematik nur unter der Perspektive des Übersetzungsproblems behandeln zu wollen, oder vorzugeben, es ließe sich dieser Widerstreit grundsätzlich durch Analyse so weit bringen, daß es einfache Lösungsmodelle für die aufgeworfenen Fragen geben könnte, die befriedigend sein könnte.

Dazu querstehend bleibt m. E. grundsätzlich zum interdisziplinären Aspekt in aller Kürze nur sagen übrig, daß die Verwandtschaft und Verknüpfungen zwischen Wirtschaftsrationalität und Wissenschaftsrationalität keineswegs so durchgehend sind, daraus auf einen gemeinsamen Rationalitätstypus schließen zu können; ich hielte dergleichen, erst recht eine Identifikation, für

eine erkenntnisidealistische Übertreibung. Allerdings spricht auf niedrigerer Anspruchsebene für die organisatorische Verlagerung der Konstitution vom Staat zu Wirtschaft die Eigenschaft, gesellschaftliche Probleme nicht zu analysieren, sondern in der Reihenfolge des Auftretens pragmatisch zu lösen. Diese allgemein aus bildungssoziologischer Sicht beklagenswerte Tendenz kann im Sinne der Beteiligten funktional sein, schon allein dadurch, indem auch durch diesen blinden Prozess das Problem in Teilprobleme zerlegt wird.

4. Kognitiv-affektive Positionen im affektiven Feld der Gesellschaft unter einer Staatsidee. State-building in schwachen Staaten.

Im Fall eines einfachen Staates mit hinreichend erfüllten Funktionen (FoS Staatsbildung und Staatszerfall. Eva Kreisky, SoSe 2007, Protokoll 09.05.2007, insbes. Ulrich Schneckener: States at Risk. Zur Analyse fragiler Staatlichkeit) behaupte ich ein affektives Feld von Individuen und Gruppen zum Staatswesen, was zugleich ein Integrationsfaktor der Gesellschaft ist. Das drückt sich einerseits in Erwartungshaltungen an die Gesellschaft und an den Staat aus und andererseits kognitiv als die Vorstellung von der eigenen Position in der Gesellschaft nach Struktur (Organisationsform), Zielsetzungen in Gesellschaft und im Staatswesen und geschichtlichem Leitbild aus (nach Struktur, Ziel, Leitbild als symbolisches »Meta-Alpha« einer Organisation, in: Herbert Rauch, Prinzip der Herausforderung 1986). Ich verknüpfe damit idealiter die Idee der politischen Identität. Die Modernisierung der traditionellen Gesellschaften in Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hat schon gezeigt, daß sich die Fragen der Organsiation von Wirtschaft und politischen Entscheidungsfindungsprozessen entlang von Strukturfragen und Zielsetzungsfragen entwickelt haben (Adam Smith, Quasnay in Frankreich) (später mit der Abtrennung der nordamerikanischen britischen Kolonien) und die Frage nach der Herrschaftsform allmählich im Zusammenhang mit der Frage nach der allgemeinen Zweckmäßigkeit gestellt worden ist. Das aber berührt die zentrale Frage, die zum politischen Kern des Leitbilds gehört, und zwar sachlich zunächst wieder unabhängig.

Insofern ist die bürgerliche Existenz, obwohl als universielles Menschenrecht proklamiert, schon in sich selbst in der Krise: Das europäische Bürgertum hat die Spaltung in idealistisches vorindustrielles und vorrevolutionäres Bürgertum und in zuerst romantisches, industrielles, nur teilweise postrevolutionäres Bürgertum bis in die Abwandlungen zur Dienstleistungsgsellschaft (inklusive Informationsgesellschaft) offenbar nicht

ganz überwunden, und exportiert eine bleibende politische Dissoziation zwischen vorindustrieller Aufklärung und postindustriellem Kapitalismus in der westlichen Gesellschaft als Modell eines Staates, der nicht nur an den Leistungen nach innen gemessen wird, sondern in Hinsicht seiner Funktionalität für die Nachbarn und nunmehr insbesondere für die Weltwirtschaft zu beurteilen ist (vgl. auch Kalevi J. Holsti: The strenght of states, 6. perils of the weak, in: Eva Kreisky, FoS Staatsbildung und Staatszerfall ebenda). Dieser Druck von Außen kann nun helfen, die Kohärenz der Gesellschaften in eher schwachen Staatswesen, aber mit Resourcen als gemeinsame Herausforderung zu sehen, die innerstaatliche Vielssprachlichkeit und Multikulturalität (ob historisch gegeben oder durch Migration innerhalb der letzten drei bis vier Generationen entstanden) durch eine Prioritätenliste den Identitätskonflikt als Staatswesen gegenüber den Parallelgesellschaften aufzuschieben, und zu vereinbaren, diesen Konflikt nicht militärisch auszutragen, sondern in Teilkonflikte zu zerlegen, die wenigstens teilweise lösbar sein sollten. Die Schwierigkeit besteht freilich im hohen Anspruch, einerseits wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, andererseits einen politischen Konflikt zwischen Parallelgesellschaften unter der Krisenschwelle zu halten. Eine gemeinsame Außenpolitik könnte immerhin aus dergleichen Situationen erwachsen.

Wie ersichtlich geworden ist, gibt es schon vorneweg verschiedene Rationalitätstypen zu beachten, bevor noch historisch gegebene regionale Binnenunterschiede zur Interpretation herangezogen werden. Kann man nun ein gemeinsames affektives Feld um die Idee eines gemeinsamen Staatswesen annehmen, möchte ich damit auch eine Topologie der affektiv-kognitiven Orientierbarkeit annehmen, ohne wie Herbert Rauch noch eine bestimmte soziale Organisationsform (Gruppe, Großgruppe, Organisation und Stab, Masse und Öffentlichkeit) konkret weiters anzusprechen. Ich muß ein Mindestmaß an Organisiertheit der Gesellschaft über die gruppale Organisiertheit der Familie hinaus voraussetzen können, damit auch ein Mindestmaß der Organisiertheit der verschiedenen grundlegenden sozialen Formationen. — Ich will nun von einer Situation ausgehen, die zwischen dem idealisierten Staat, der selbst schon zwischen Gewaltmonopol nach innen und dessen Legitimationsproblematik einerseits und völkerrechtlichen und weltwirtschaftlichen externen Bedingungen als Idee eine dissoziative Vorstellungsmasse ist, und der Vorstellung eines »failed state« liegt (risk state). Ich will mich desweiteren wieder vorwiegend auf die inneren gesellschaftsbauende Funktionen eines Staatswesens, wenngleich abstrakt, beziehen.

Das vorin postulierte affektive Feld einer Staatsidee kann nun nach den gruppendynamischen und soziodynamischen Positionen (nach Raoul Schindler und Herbert Rauch) von A, B, C, D (Alpha, Beta, Gamma und Omega) orientiert werden. Hiebei verstehe ich folgende soziodynamische Orientierungsachsen im Falle erkennbarer Aktivität als Faktoren stabilisierender Beziehungspotentalitäten:

A — C : Mainstream

A — B : Stab, Bürokratie als Herschaftsinstrument

B — C : Bürokratie als Dienstleistung

Folgende aktive soziodynamische Achsen sind als Hinweise auf destabilisierende Konfliktzonen zu betrachten:

A — O : Vorherrschaft

B — O : Verschwörung

C — O : Rebellion

In Folge eines Mangels von A — C kann es zu A — O unter Drohung von C — O oder beiden kommen, wobei B — O nur eine Durchgangsphase wäre. Dieser Mangel von A — C kann durch einen Mangel von B — C und/oder A — B hervorgerufen worden sein.

Ein Mangel von A — B kann aber auch zu B — O –Potentialität führen, wenn A — C noch hinreichend funktioniert (vielleicht weil B — C noch funktioniert oder ein politischer Wechsel für diesen Bereich als noch schlimmer dargstellt werden kann). Dann gerät A — B wegen des Mangels genügend unter internen Druck und verstärktem Druck von A, sodaß eben B — O Potentialität aufbaut, ohne das ein offener A — O –Konflikt ausbricht und/oder C — O –Potentialität aktualisiert wird.

Ein Mangel von B — C führt häufig zur einseitigen A-lastigen Stärkung von A — B, die zwar C — O –Potentalität aufbaut, aber ohne B — O zu schwache Konzepte oder eine zu schwache Position für die Aktualisierung, oder der

Drohung mit Aktualisierung besitzt (vgl. hingegen Carl Schmitts Definition des Machtzentrums).

Entlang dieser soziodynamischen Orientierungsachsen, die selbst strikt inhaltsneutral zu denken sind, kann man von Rationalitätsmuster sprechen (Rupert Riedl: ratiomorphically), woraus sich eine konkrete Rationalitätsform der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den genannten Dimensionen des kollektiven gesellschaftlichen Selbstverständnisses erst zusammensetzen läßt. Verschiedene Rationalitätstypen kommen aber in der idealen Zusammensetzung dieser Rationalitätsmuster entlang A — C vor: Leitbild beinhaltet historische und wertende Überlegungen, Ziel beinhaltet teleologische, ökonomische und betriebswirtschaftliche Ziele (aktive soziale Erwartungshaltungen), Struktur beinhaltet passiv soziale Erwartungshaltungen und hat selbst wieder starke Anteile bloß gewohnheitsmäßiger Erwartung (ratiomorphically). Aus dieser Zusammenfassung geht zwanglos hervor, daß verschiedene Rationalitätstypen in den jeweiligen Feldern der Überlegungen vorkommen, und daß diese entlang der inneren Bezogenheit der Reflexionsstruktur von Leitbild, Ziel, Struktur in verschiedenen (nicht in allen denkmöglichen) Kombinationen vorkommen.

Bewegt sich nun ein »risk state« mit Mängel in Funktion und Legitimation in Richtung »failured state«, so gibt es ein privilegiertes Staatsvolk, daß zum realpolitischen A die A — C – Achse ergibt, und eine institutionalisierte Tendenz, diejenigen, die nicht zum Staatsvolk gezählt werden, zu diskriminieren., also in Richtung O zu verschieben. Das betrifft zuerst A — B und B — C, und geht im Falle von Widerstand bis zur eingeschränkten terrirorialen Verfügung, was das Potential von A — O gefährlich hoch schraubt, auch wenn O keine reelle Chance hat, selbst die Position von A einzunehmen, oder sich territorial wie der Staatsidee nach vom Ausgangsstaat zu trennen.

Auf dieser theoretischen Abstraktionsebene lassen sich nun entlang der Verhältnisse der Achsen zwischen den aus der Gruppendynamik gewonnenen dynamischen Positionen ein Gerüst affektiv-kognitiver Orientierung konstruieren, das erst erkenntlich machen soll, wann die allgemeinen Vorbedingungen für einen wirksamen rationalen Diskurs eingetreten sind, wie die Interpretation der Vorbedingung in der jeweiligen konkreten historischen Situation auch immer aussehen.